



Standort Deutschland: Getriebeschaden

ZEICHNUNG: JÜRGEN JANSON

Das Problem der SPD heißt SPD

Ja, die SPD hat ein Problem. Aber kein Kanzler-Kandidaten-Problem, kein Pistorius-oder-Scholz-Problem. Das Problem heißt vielmehr SPD an sich und deren wenig segensreiches Wirken in den vergangenen 20 Jahren.

Boris Pistorius hätte gegenüber dem Kanzler einen Vorteil in der Popularität gehabt. Die aber ist eine flüchtige Angelegenheit und kann sich sehr schnell abschleifen – wer erinnert sich noch an den „Schulz-Zug“, der 2017 auf dem Weg zum Wahltermin schon nach wenigen Wochen entgleiste? Zudem verantworten beide das gescheiterte Ampelprojekt: der eine als Minister, der andere in noch weit stärkerem Maße als Kanzler.

Da mutet es kurios an, wenn Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) sagt: „Wenn das Land in Kürze vor der Wahl steht zwischen ihm und Friedrich Merz, der keine Regierungserfahrung hat, wird sich zeigen: Olaf Scholz und die SPD haben das bessere Angebot.“ Jetzt gehe es „um Wirtschaft, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit“.

Hier tut jemand so, als ob die vergangenen vier Jahre im luftleeren Raum stattgefunden hätten, als ob die SPD mit all dem Gewürge und Gezerre, das da stattfand, rein gar nichts zu tun hatte.

In einem hat sie allerdings recht: Wirtschaft wird das bestimmende Thema des Wahlkampfes werden. Das belegt auch eine You-Gov-Umfrage vom Donnerstag. Grund: Die Ampel hat der deutschen Wirtschaft derart geschadet, dass niemand mehr an dieser

Scholz oder Pistorius? Am Ende ist das völlig gleichgültig. Die SPD ist nämlich ihr eigenes Problem. Seit dem Ende der Schröder-Ära hat die Dauer-Regierungspartei keine kreativen Ideen mehr für das Land, sagt Alexander Will.

Frage vorbeikommt. Stichworte:

■ **Bizarre Bürokratie.** Die hat Rot-Grün-Gelb sogar noch verschlimmert, obwohl Politiker der Koalition genau das Gegenteil behaupten. Seit 2020 sind 90.000 zusätzliche Stellen in der deutschen Bürokratie entstanden.

■ **Deutschland hat die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast** aller OECD-Staaten nach Belgien. Niemals zuvor waren die Sozialabgaben der Beschäftigten und Unternehmen höher. Die Arbeitskosten steigen, der Wohlstand der Haushalte sinkt.

Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor: www.nwzonline.de/nwz-meinung-podcast/

■ **Wirtschaft und Privathaushalte ächzen** unter den höchsten Energiekosten weltweit. Ein Ende der Preisspirale ist nicht abzusehen.

■ **Wenn die Ampel** Geschichte ist, wird Deutschlands Wirtschaft zwei Jahre in Folge geschrumpft sein.

■ **Die Deindustrialisierung** marschiert. Eine Pleitewelle überschwemmt das Land. Die Zahl der Firmenpleiten steigt zweistellig. Im Oktober stieg die Zahl der angemeldeten Verfahren um 22,9 Prozent im Vergleich zum Oktober 2023. Industriebetriebe verlagern die Produktion oder schließen: ZF macht 12 Werke in Deutschland dicht – und investiert gleichzeitig fast eine Milliarde in den USA. Ford baut 2800 Stellen im Land ab, wurde am Mittwoch bekannt.

■ **Es gibt 1,3 Millionen offene Stellen** im Land, aber gleichzeitig verteilt der Staat großzügig Bürgergeld, das es vielfach in der Endabwägung attraktiv macht, eben nicht zu arbeiten.

■ **In Deutschland darf man jetzt zwar Kiffen**, aber versuchen Sie mal einen Facharzttermin als gesetzlich Versicherter zu bekommen! Danke, SPD! Danke, Gesundheitsminister Lauterbach!

■ **Trotz solcher Ergebnisse** driftet die SPD immer weiter nach Links. Sie sucht ihr Heil in Steuererhöhungen, Schulden und einem immer üppi-

geren Sozialstaat. Das läuft auf eine verstaubte 70er-Jahre-Politik hinaus, die damals die alte Bundesrepublik schon einmal in sklerotische Verhältnisse geführt hat. Neu sind heute nur die woken Regenbogenfähnchen, die solchen Klassenkampf von gestern garnieren. Die entfremden die SPD dann allerdings noch nachhaltiger von ihren ehemaligen Wählern in der Mitte der Gesellschaft. Deswegen konstatiert die aktuelle You-Gov-Umfrage wohl auch, die SPD habe ja gar keine Stammwähler mehr.

Das alles wischt die Partei gern vom Tisch: Schuld am sich entfaltenden Desaster seien die böse Union und all die Versäumnisse der Merkel-Zeit. Nichts könnte irreführender sein. Die SPD regiert seit 1998 das Land – entweder als Kanzlerpartei oder als Koalitionspartner. Unterbrochen wurde diese Strecke von insgesamt 22 Jahren in Regierungsverantwortung nur zwischen 2009 und 2013 für vier Jahre. Zum Vergleich: Seit 1998 regierte die Union nur 16 Jahre.

Die SPD ist also mehr als jede andere Partei mitverantwortlich für den politischen und ökonomischen Niedergang, der spätestens in den letzten Merkel-Jahren einsetzte. Sie kann sich mit den „Versäumnissen“ dieser Zeit nicht entschuldigen. Seit den Reformen unter Gerhard Schröder ist den Sozialisten nämlich politisch nichts Kreatives mehr eingefallen.

■ **Was also tun?** Mehr noch als die anderen Ampel-Parteien benötigt die SPD eine lange

“ Die SPD ist also mehr als jede andere Partei mitverantwortlich für den politischen und ökonomischen Niedergang, der spätestens in den letzten Merkel-Jahren einsetzte. Sie kann sich mit den „Versäumnissen“, dieser Zeit nicht entschuldigen. Seit den Reformen unter Gerhard Schröder ist den Sozialisten nämlich politisch nichts Kreatives mehr eingefallen.

Regierungspause. Es spricht nichts dagegen, wenn eine Partei, die dem Land nichts mehr zu bieten hat als sozialistische Umverteilungsideen der 70er Jahre, sich schon lange in der Opposition regeneriert.

Leider ist das nicht zu erwarten. Wie die Dinge liegen, läuft es auf erneute Regierungsbeteiligung an der Seite der Union hinaus. Die SPD hat das notorische Glück, zur Machtsicherung von anderen immer wieder gebraucht zu werden.

④ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Nordwest-Mediengruppe.

BILD: BICHMANN

